

Presseschau vom 24.06.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Abends / nachts:

Dan-news.info:(Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Aggressionen) Ukrainische Truppen haben am Abend das Dorf **Spartak** und die nördlichen Außenbezirke von **Donezk** mit schweren Waffen beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

"Um 21:22 hat die ukrainische Seite das Feuer auf Spartak mit Geschützen des Kalibers 152mm eröffnet. Um 21:40 wurde der Beschuss mit Waffen des Kalibers 122mm fortgesetzt", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben der Quelle wurde von den Positionen der Abteilungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Kamenka geschossen. Insgesamt wurden auf die Ortschaft 20 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm und 31 des Kalibers 152mm abgeschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

Ukrainische Truppen haben die Umgebung von **Jasinowataja** mit Waffen des Kalibers 152mm beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

"Von 23:10 bis 23:50 haben die ukrainischen Streitkräfte **Mineralnoje** und **Jakowlewka** im Jasinowataja-Bezirk mit Geschützen des Kalibers 152mm beschossen", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Informationen der Quelle wurden in dem genannten Zeitraum von den Positionen des Gegners 51 Artilleriegeschosse abgeschossen.

Die ukrainische Armee hat begonnen den **Stadtteil Asotnyj des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk** mit schweren Waffen zu beschießen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

"Gerade wurden einige Treffer von Artilleriegeschossen im Stadtteil Asotnyj festgestellt", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass auch die Ortschaft **Losowoje** im Jasinowataja-Bezirk beschossen wurde.

Insgesamt wurden auf die genannten Abschnitte mindestens 10 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm abgeschossen. Der Beschuss erfolgte aus dem von den ukrainischen Streitkräften besetzten Wodjanoje im Norden von Donezk.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen sind noch nicht eingegangen. Der **Leninskij-Bezirk von Donezk** ist aufgrund eines Treffers eines ukrainischen Geschosses auf eine der Unterstationen ohne Strom. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

"Die Stromversorgung im Leninskij-Bezirk von Donezk ist wegen des Treffers eines Geschosses auf eine Unterstation in der Nähe von Losowoje unterbrochen", sagte der Gesprächspartner der Agentur. Die Einzelheiten des Geschehens werden noch geprüft.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Moskau ist daran interessiert, dass die Europäische Union weiter eine große Wirtschaftsmacht bleibt, und betrachtet das Referendum in Großbritannien als innere Angelegenheit des Landes und dessen Beziehungen zu Brüssel, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber Journalisten mitteilte.

"Ich möchte Sie an die Äußerungen des Präsidenten Wladimir Putin erinnern: Das Brexit-Thema ist eine innere Angelegenheit Großbritanniens und dessen Beziehungen zu der EU. Die Europäische Union ist ein sehr wichtiger Wirtschafts-, Handels- und Investitionspartner Russlands. Deswegen ist man in Moskau daran interessiert, dass die EU auch weiterhin eine blühende, stabile und vorhersagbare Wirtschaftsmacht bleibt", so Peskow.

Am 23. Juni fand in Großbritannien das Brexit-Referendum statt. Die Briten beantworteten per Wahlzettel die folgende Frage: "Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?". Etwa 46,5 Millionen Briten hatten sich laut Medienangaben für die Volksabstimmung registrieren lassen. Im Laufe der Nacht wurden die Ergebnisse von 382 Wahlbezirken, darunter auch in Gibraltar, verkündet. Das Endergebnis lautet: Mit 51,9 Prozent der Stimmen hat Großbritannien für den EU-Austritt gestimmt, teilte eine Sprecherin der Wahlbehörde am Freitag in Manchester mit. "17.410.742 Wähler stimmten für den Austritt. Für den Verbleib votierten 16.141.241", sagte sie. Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 72,2 Prozent.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über Folgen der Beschüsse in der Nacht

Drei mehrstöckige Häuser sind im Kirowskij-Bezirk von **Donezk** während des nächtlichen Beschusses der Stadt von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

"In der Nacht wurden Treffer auf drei Mehrparteinwohnhäuser auf der Borjusowaja-Straße festgestellt, bei verschiedenen Gebäuden wurden die untere Etage, die Verglasung und das Dach beschädigt", sagte der Gesprächspartner der Agentur. Einzelheiten und Informationen

über Verletzte werden noch geprüft.

Ein privates Wohnhaus in Makejewka wurde in der Folge des nächtlichen Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

"Durch den nächtlichen Beschuss der ukrainischen Streitkräfte wurde ein privates Wohnhaus in **Makejewka** auf der Tuchatschewskij-Straße 2 beschädigt", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Gemäß den Informationen der Quelle wurde auch ein Treffer auf das Gebiet des Grigorjewskij-Friedhofs festgestellt. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen. Die Kinderpoliklinik auf der Birjusowaja-Straße im Kirowskij-Bezirk von **Donezk** wurde in der Folge des nächtlichen Beschusses der Hauptstadt der DVR von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt, teilt ein Korrespondent von DAN vom Ort der Ereignisse mit. Nach detaillierten Informationen wurden auf der Birjosowoj-Straße mindestens fünf Wohnhäuser bestätigt. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen. Auch wurde durch den Beschuss eine Gasleitung beschädigt, Mitarbeiter der Stadtwerke arbeiten bereits vor Ort.

Die Stromversorgungssysteme von **Donezk** wurden in der Folge der nächtlichen Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen beschädigt, es wurden mehr als 220 Unterstationen in der gesamten Stadt außer Betrieb gesetzt. Dies teilte heute der Pressedienst des Bürgermeisteramts mit.

"Der Stand um 8 Uhr morgens war so, dass im Zusammenhang mit den nächtlichen Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 226 Unterstationen außer Betrieb gesetzt wurden. Die Reparaturarbeiten werden schon durchgeführt, es ist geplant, sie bis zum Abend abzuschließen", informierte der Gesprächspartner der Agentur. Das Bürgermeisteramt erklärte, dass die Bezirke Petrowksij, Kirowskij und Leninskij der Stadt vollständig ohne Strom sind und teilweise die Bezirke Kiewskij und Woroschilowskij. Drei Bergwerke des staatlichen Unternehmens "Donezker Kohleenergiegesellschaft" sind in der Folge der nächtlichen Beschüsse der Hauptstadt von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ohne Strom Dies teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums mit. Die Rede ist vom Abakumow-Bergwerk, dem Skotschinskij-Bergwerk und dem Tscheljuskenzew-Bergwerk in den Bezirken Kirowskij und Petrowskij der Stadt. Tote und Verletzt gibt es nicht. Alle drei Bergwerke wurden innerhalb einer Stunde an die Notversorgung angeschlossen.

Ein privates Wohnhaus in **Sajzewo** im Norden von Gorlowka wurde in der Folge eines nächtlichen Beschusses von Seiten der ukrainischen Truppen vernichtet. Dies teilte heute die Leiterin der Ortsverwaltung von Sajzewo Irina Dikun mit.

"In dieser Nacht wurde durch einen Beschuss ein privates Wohnhaus auf der Morosow-Straße vollständig vernichtet", sagte die Gesprächspartnerin der Agentur. Sie fügte hinzu, dass der Beschuss aus dem benachbarten Showanka kam. Verletzte gibt es nicht.

Gefunden auf der Facebook-Seite von Antimaidan 2: Vor zwei Jahren hat sich die brave 25. Luftlandedivision (Dnepropetrowsk) geweigert, gegen die eigene Bevölkerung im Donbass zu kämpfen. Wie man sieht, kam es zu Verbrüderungsszenen.

Danach wurden viele Soldaten und Offiziere dieser Division durch ukrainische Nazis umgebracht, andere wurden entlassen, wiederum andere inhaftiert, weitere flohen nach Russland, einige fügten sich. Die Division wurde neu durch nationalistisch gesinnte und zombierte Maidan-Anhänger komplettiert. Nach diesen Repressionen kämpfte und kämpft sie dann doch im Donbass gegen den vermeintlichen "russischen Aggressor" und hat die Ehre der Luftlandetruppen der Sowjetunion damit besudelt.

Dennoch für die damaligen "Desantniki", an das Vingt-cinqieme in der Komplettierung vom Juni 2014, in Anlehnung an das Lied, das in Frankreich geschrieben wurde, als sich Soldaten des berühmten 17. Regiments geweigert hatten, auf ihr Volk zu schießen: "Salut, salut a vous, braves soldats du 25eme!!!"



https://scontent.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/10446501_262612863929690_607976641097214859_n.jpg? oh=4f451508efd860c3afe7ac93445caf5b&oe=57FAF4A8

Ukrinform.ua: Ein Gericht in Starokonstjantyniwka, Region Chmelyzk, hat einen Major der ukrainischen Luftstreitkräfte wegen Landesverrat und des Versuchs, nach Russland mit einem Flugzeug zu fliehen, zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Das teilte die Pressestelle der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine mit. Der Täter habe vorsätzlich gehandelt und dem Feind den Plan eines Aufklärungsfluges übergeben. Während des Fluges sei der Verurteilte vom Kurs abgekommen, habe auf Forderungen des Navigationsoffiziers nicht reagiert, heißt es weiter. Er habe versucht, Funkkontakt mit unbekannten Personen herzustellen, und das Flugzeug Richtung Grenze zu Russland gesteuert. Da er keinesfalls selbständig Flughäfen in Russland erreichen könnte, sollte er das Flugzeug wie geplant landen.

Dem Offizier wurde vor dem Gericht auch sein Dienstgrad "Major" aberkannt.

De.sputniknews.com: "Assad bombardieren": US-Außenministerium packt Jugoslawien-Szenario aus

Beamte des US-Außenministeriums haben zu Bombenangriffen auf die Stellungen der Armee des syrischen Präsidenten Baschar Assad aufgerufen, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Freitag.

Der "New York Times" steht eine Kopie eines Schreibens von 51 Mitarbeitern des US-Außenministeriums zur Verfügung, in dem sich die Diplomaten mit der Bitte an ihre Leitung und das Weiße Haus wenden, die Syrien-Politik deutlich zu verschärfen und mit Bombenangriffen auf die Stellungen der Assad-Armee zu beginnen. Ihnen zufolge bombardieren die Assad-Truppen die Sunniten, was zur Verschlechterung des Images der USA in der Region und Ausdehnung der Terrorgruppierungen führt.

Die Strategie von Präsident Barack Obama zum Abbau der Spannungen in dem Konflikt funktioniere nicht und werde weiterhin nicht funktionieren, falls die Militärstärke nicht genutzt werde, heißt es in dem Schreiben. "400.000 Menschen kamen ums Leben, Hunderttausende sind belagert von den Truppen des Regimes, zwölf von 24 Millionen mussten fliehen. Wir denken, dass es aus moralischer Sicht äußert viele Gründe für die Einmischung in den

Konflikt gibt." Die militärische Unterstützung der USA für die syrische Opposition müsse ebenfalls die Versuche von Damaskus stoppen, den Konflikt mit Gewalt zu lösen, und es zu Verhandlungen zwingen. Zuvor hatte Obama mehrmals Vorschläge abgelehnt, sich in den Konflikt einzumischen, indem er sich auf die Unpopularität dieses Schritts unter den Wählern berief.

Laut den Verfassern des Schreibens untergräbt die Verletzung der Menschenrechte durch das Assad-Regime moralisch und materiell die US-Koalition, insbesondere unter den arabisch-sunnitischen Partnern. Es wird vorgeschlagen, Luftangriffe und Mittel mit großer Reichweite zu nutzen. Damit sind gewöhnlich Marschflugkörper wie Tomahawk gemeint, die die USA massiv beim Eingriff in Libyen 2011 nutzten. Dieses Szenario ähnele sehr der US-Strategie in Jugoslawien 1999, schreibt die "New York Times". Damals hatten die USA nicht den Sturz des Regimes von Slobodan Milosevic zum Ziel – sie wollten ihn zur Beendigung der Operation im Kosovo zwingen.

Die Mitarbeiter des Außenministeriums betonen, ihr Ziel sei, Assad mit militärischen Handlungen zu drohen, und nicht, in den Abgrund eines Militärkonflikts mit Russland zu schlittern. Allerdings ist das russische Verteidigungsministerium anderer Meinung. "Falls es in diesen Berichten auch nur ein Stück Wahrheit gibt und solch wichtige Fragen im Außenministerium der USA tatsächlich via Abstimmung der Mitarbeiter gelöst werden, löst dies bei jedem vernünftigen Mensch Besorgnis aus", sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow. "Meines Erachtens ist es absoluter Wahnsinn", sagte der stellvertretende Außenminister Michail Bogdanow. "Man kann sonst wohin fliegen, Präsidenten bombardieren – wenn jemand meint, dass dies eine Lösung ist, so ist das absoluter Wahnsinn".

Laut dem Leiter des US-amerikanischen Center on Global Interests, Nikolai Zlobin, ist das wichtigste an dieser Geschichte, dass die meisten der Verfasser keine politischen Amtsträger, sondern Experten und Technokraten sind, denen es egal sei, wer im Weißen Haus sitzt. Laut Zlobin spüren sie wegen der kommenden Wahlen neue Möglichkeiten und wollen dem neuen Chef, wer immer das sei, eine neue Politik vorschlagen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 13 Mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen, unter anderem auch mit Waffen, die entsprechend den Minsker Vereinbarungen abgezogen sein müssten. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Aus Richtung Nowoalexandrowka wurde das Gebiet von **Kalinowo** unter Anwendung von Mörsern des Kalibers 120mm und Granatwerfern viermal beschossen.

Zweimal wurde Kalinowo aus Richtung Nowoswanoka mit Mörsern des Kalibers 120mm und Panzertechnik beschossen.

Die Kiewer Truppen haben viermal aus Richtung Staniza Luganskaja das **Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor beschossen** und dabei Mörser des Kalibers 82 mm, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

Aus Richtung Stschastje wurde zweimal auf **Weselaja Gora** mit Mörsern des Kalibers 82mm und Granatwerfern geschossen.

Mit Mörsern des Kalibers 82mm wurde **Troizkoje** aus Richtung Weselogorowka beschossen. Verluste gibt es keine.

Rusvesna.su: Das Ministerium für Energie und Kohleindustrie der Ukraine bittet die Bürger und Unternehmen, So weit wie möglich den Stromverbrauch im Juli und August einzuschränken, um Stromausfälle zu vermeiden.

Einen solchen unpopulären Vorschlag äußerte der stellvertretende Leiter des Ministeriums Aleksandr Swetelik.

"Die Situation ist kompliziert. Es wächst der Verbrauch (des Stroms – Anm. d. Red.), vor allem tagsüber aufgrund der gestiegenen Temperaturen…

Wir wenden uns an die Bevölkerung und an die Unternehmen – Minimieren Sie Ihren Verbrauch im Juli und August, um Ausfälle zu verhindern und um die Kohlevorräte für die Herbst-Winter-Saison zu erhalten", erklärte Swtelik…

Wir weisen darauf hin, dass nach Angaben ukrainischer Quellen Kiew heute aus der Russischen Förderation 600MW elektrischer Leistung im Rahmen der Vereinbarung über technische Hilfe für das im Land entstandene Energiedefizit erhalten hatte.

Der Verbrauch an Elektroenergie in der Ukraine hatte sich aufgrund der gestiegenen Temperaturen und der massenweisen Nutzung von Klimaanlagen erhöht. Dagegen setzen sich an einer Reihe von Blocks der Wärmekraftwerke notwendige Reparaturen fort, die Arbeit des Südukrainischen Wärmekraftwerkes wurde aufgrund mangelnder Kühlleistung begrenzt. Außerdem, so berichtete man in der Ukraine, wurden seit dem 1. Juni die entsprechenden Kohlelieferungen auf der Donbass-Republik gestoppt.



https://i2.wp.com/rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/elektrichestvo_0.jpg

Ukrinform.ua: Der Pressesprecher des US-Außenministeriums, John Kirby, hat die Gespräche der für Europa und Eurasien zuständigen Staatssekretärin im US-Außenministerium, Victoria Nuland, mit der Staatsführung in Kiew als "gut" bezeichnet. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche in der Ukraine standen in erster Linie die Minsker Vereinbarungen und der Wunsch der USA nach der Umsetzung dieser Vereinbarungen in vollem Umfang, sagte Kirby am Donnerstagabend.

Die Gespräche von Nuland am Donnerstag in Moskau wollte der Sprecher vorerst nicht kommentieren. Das US-Außenministerium werde später eine Erklärung dazu abgeben. Nuland hatte die Ukraine am Mittwoch und Moskau am Donnerstag besucht.

Nachmittags:

Gefunden auf der Facebook-Seite von AntiMaidan: Mordversuch auf Motorola Der Leiter der DPR Republik Alexander Zakharchenko besuchte heute den Ort, an dem ein Mordversuch auf Arseny Pavlov (Motorola) verübt wurde – auf dem Gebiet des Republik Traumatologie-Center in der Donezk.

Als Ergebnis einer funkgesteuerten Landminenexplosion um 11 Uhr, wurde eine weibliche Passantin verletzt, ein Krankenhausgebäude und sechs Autos beschädigt.

Ein Strafverfahren wurde eingeleitet.



https://scontent.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/13495249_1759768844260394_2949649444598692919_n.jpg? oh=4970afd63d2c0f839ea8661ab2a55a4a&oe=57EFDF3A



https://scontent.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/13502157_1759768910927054_3550550791799482046_n.jpg? oh=7ed8fb91d8982b62e8a3ceb56440341d&oe=57F5D93F Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen

Eine Explosion erfolgte auf dem Territorium des Republikanischen Traumatologischen Zentrums in Donezk in der Folge einer Detonation einer Sprengvorrichtung. Dies teilte eine Quelle aus dem Innenministerium der DVR mit...

Nach vorliegenden Informationen gibt es keine Verletzten.

"Etwa sechs bis sieben Fahrzeuge des Personals und das Gebäude der Leichenhalle wurden beschädigt und am Gebäude der Leichenhalle die Fenster zerschlagen", sagte der leitende Artz des Zentrums Alexandr Oprischtschenko.

Er unterstrich, dass das Gebiet um das Krankenhaus von Polizei umstellt ist, es laufen Ermittlungen. Rettungskräfte arbeiten am Ort der Explosion.

Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko, der sich vor Ort befindet, erklärte, dass es sich möglicherweise um einen Anschlag auf einen der bekanntesten Kommandeure der DVR, den Helden der Republik, Arsenij Pawlow (Codename Motorola) handelt.

"Dies ist ein Anschlag auf den Kommandeur des Aufklärungsbataillons Motorola. Der Anschlag ist nicht gelungen. Ich kenne Arsenij, als Soldaten, als Mann, es gibt eine Menge anderer Orte, wo man einen Anschlag auf ihn verüben kann, wenn man das will, aber dies hier zu tun, auf dem Gebiet eines Krankenhauses, wo Kinder sind und Zivilisten... Das übersteigt alles menschliche Verständnis", sagte er.

Später teilten Mitglieder der Ermittlungsgruppe des Innenministeriums mit, dass es sich um eine selbst gebaute Sprengvorrichtung handelt.

"Nach vorläufigen Informationen erfolgte die Explosion durch eine selbstgebaute gerichtete Sprengvorrichtung. Die Sprengvorrichtung wurde am Gebäude der Leichenhalle installiert", sagte der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: Die Nato-Länder haben den jüngsten Aufruf des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Auflösung der Allianz ignoriert und wollen weitere Mitglieder in ihre Reihen aufnehmen, schreibt die "Nesawissimaja Gaseta" am Freitag. In erster Linie geht es dabei um die Ukraine, Georgien und Moldawien. Für Russland wäre das selbstverständlich eine gefährliche Entwicklung der Situation, zumal bei den bevorstehenden Nato-Manövern ein Militärkonflikt mit Russland geübt wird: Am Montag findet auf dem ukrainischen Militärgelände Jaworow die Übung Rapid Trident statt, an der sich mehr als 1.800 Soldaten aus 14 Ländern beteiligen werden. Vor kurzem wurde zudem das Manöver Anaconda 2016 in Polen durchgeführt, eines der größten in letzter Zeit. Die Nato macht kein Hehl daraus, dass diese Übungen auf die angebliche "Russland-Gefahr" zurückzuführen sind. Der Befehlshaber des US-Heeres in Europa, Generalleutnant Ben Hodges, sagte vor kurzem in einem Interview für die deutsche Zeitung "Die Zeit", er sei mit der Meinung der Militärexperten einverstanden, dass Russland für die Eroberung Lettlands, Litauens und Estlands eventuell 36 bis 60 Stunden bräuchte.

Demnächst wird es mehrere Marine- und Bodenübungen unter Beteiligung von postsowjetischen Staaten geben, darunter das Manöver Sea Breeze 2016, das auf dem Schwarzen Meer und dem Territorium der Ukraine ausgetragen wird. Dabei soll ebenfalls "die Befreiung von besetzten Territorien" geübt werden. Gemeint sind offenbar die Krim und das Donezbecken.

In Europa gibt man zu verstehen, dass die Nato-Hilfe für die potenziellen Mitglieder des Bündnisses systematisch erfolgen wird. Das geschieht gleich nach dem für Juli angesetzten Nato-Gipfel in Warschau, bei dem die umfassenden Programme zur militärischen Integration der Ukraine, Georgiens und einiger anderen Länder gebilligt werden sollen. Unter anderem wird die Allianz möglicherweise die Beteiligung der Ukraine und Georgiens an der demnächst zu bildenden Schwarzmeer-Staffel der Nato befürworten. Zudem könnte eine ukrainischbulgarisch-rumänischeTruppenbrigade entstehen.

De.sputniknews.com: Verlängerung der Russland-Sanktionen stockt in drei EU-Ländern Nach Angaben des Internetportals Ukrinform wird sich die Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland wegen Frankreich, Großbritannien und Schweden verzögert, die eine Pause bei der Abstimmung des Beschlusses in den nationalen Parlamenten dieser Länder einlegten, schreibt die "Kommersant" am Freitag.

Die italienischen Oppositionellen aus der Fünf-Sterne-Bewegung forderten am Mittwoch ebenfalls einen solchen Vorgang.

"Die Botschafter billigten in dieser Woche den politischen Beschluss zur Verlängerung der Sanktionen gegen Russland für die nächsten sechs Monate", sagte eine Quelle in Brüssel. "Der Vorsitz der Niederlande will diesen Prozess am Freitag bei der Sitzung des Rats für allgemeine Angelegenheiten beenden. Allerdings wurde diese Frage nicht in die Tagesordnung aufgenommen, weil unklar ist, ob die französische Regierung es zeitlich schafft, diesen Beschluss mit ihrem Parlament abzustimmen".

Frankreichs Parlament gab bereits mehrmals zu verstehen, dass die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland nicht automatisch erfolgen wird. Das Parlamentsunterhaus stimmte am 28. April für die von der Opposition vorgeschlagene Resolution zur Aufhebung der Sanktionen. Der Initiator der Resolution war der Kovorsitzende der Assoziation "Französisch-russischer Dialog", Thierry Mariani. Die Resolution hatte zwar einen empfehlenden Charakter, allerdings äußerte der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko bei seinem Paris-Besuch am Dienstag Enttäuschung wegen des Beschlusses der Nationalversammlung zu den Sanktionen gegen Russland.

Der Ausschuss der ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten beschloss am 21. Juni die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis zum 31. Januar 2017. Dieser Beschluss muss noch vom EU-Rat gebilligt werden. Zuvor hatten sich gegen die Verlängerung der Sanktionen die Russisch-Deutsche Handelskammer und der ungarische Premier Péter Szijjártó ausgesprochen. Der Vertreter der italienischen oppositionellen Fünf-Sterne-Bewegung Carlo Sibilia sagte am Donnerstag ebenfalls, dass die Partei gegen die Sanktionen sei. Er forderte von Premier Matteo Renzi die Erfüllung des am Petersburger Wirtschaftsforum gegebenen Versprechens und die Frage der Verlängerung von Sanktionen zur Erörterung im Parlament zu bringen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die militärisch-politische Führung der Ukraine will die innenpolitische und soziale Lage in den Volksrepubliken destabilisieren.

"Uns wurde bekannt, dass am 20. Juni 2016 in Nowoajdar in Begleitung von vier Einheiten Panzertechnik und einem Militärfahrzeug "Ural" mit bewaffnetem Personal ein Lastwagen mit einem Anhänger eintrafen, der mit Fünfliterkanistern durchsichtigen Flüssigkeit beladen war", teilte Marotschko mit.

"In den genannten Behältern befindet sich Alkohol und deshalb steht die Bewachung in keinem Verhältnis zur Ladung, das rief bei uns Verdacht hervor. Und von der Aufklärung wurde aufgedeckt, dass es sich um Alkohol handelt, dem psychotrope Substanzen zugefügt wurden, wie sie zuvor im November 2013 während der Aktivitäten auf dem Maidan in Kiew verwendet wurden", unterstrich der Vertreter der Verteidigungsministeriums der Republik. Er erklärte, dass diese Substanzen aggressiv machen und zur Konflikten mit der Umgebung provozieren.

"Die alkoholischen Getränke plant die Kiewer Junta auf das Gebiet der LVR zu bringen", teilte der Major mit.

Er erklärte, dass sich das Fahrzeug mit dem pyschotropen Alkohol derzeit in Nowoajdar unter Bewachung befindet.

"Im Gebiet von Werchnebogdanowka wurden zwei Mehrfachraketenwerfer "Grad" der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt", teilte Marotschko weiter mit. "Auch in Deneshikowo wurde eine Konzentration von drei Artilleriegeschützen gefunden", fügte er hinzu.

Marotschko sagte, dass in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte eine Rotation der Abteilungen stattfindet.

"So hat nach unseren Informationen eine Rotation der Abteilungen der 92. mechanisierten Brigade gegen die 93. mechanisierte Brigade der ukrainischen Streitkräfte begonnen. Es wurde festgestellt, dass die Ankunft von Kräften und Mitteln der 92. Brigade vom 23. bis 27. Juni über die Eisenbahn an der Station Rubeshnoje erfolgen wird", teilte der Major mit. Er sagte weiter, dass im Lager für Raketen-Artillerie-Muntion der operativ-taktischen Gruppierung "Lugansk" in Baranikowka im Belowodskij-Bezir im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Baubestimmungen bezüglich des Grundwassers wieder gefüllte Munitionslager überschwemmt wurden.

"Im Zusammenhang mit der Suche nach einem neuen Bauort für das Lager finden sich derzeit Sprengstoffe und Munition auf einem nicht ausgerüsteten Platz, was eine grobe Verletzung der Sicherheitsanforderungen ist und eine direkte Gefahr für die Einwohner der Ortschaft darstellt", sagte der Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik.

De.sputniknews.com: Kiew macht sich eigene Sorgen: Brexit bringt Aufhebung von Russland-Sanktionen

Der Austritt Großbritanniens aus der EU kann die Aufhebung der Russland-Sanktionen schon 2017 mit sich bringen, wie der Vorsitzende der ukrainischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Europarates (PACE), Wladimir Arijew, am Freitag sagte.

"Großbritannien hat für den Austritt gestimmt. Das ist ein Erdbeben, dessen Folgen die EU noch lange verarbeiten wird", schrieb Arijew auf seiner Facebook-Seite.

"Die Sanktionen gegen Russland werden ab 2017 sicher schrittweise aufgehoben und die Visafreiheit für uns [Ukrainer – Anm. d. Red.], Georgien und die Türkei auf unbestimmte Zeit verschoben."…

Rusvesna.su: Der Oligarch Kolomoisky, der ehemalige Premierminister der Ukraine Jazeniuk und der Leiter von "Naftogas" Koboljew trafen am Mittwoch gleichzeitig im Innenministerium ein.

Darüber wird in einer Spezialreportage des ukrainischen Programms "Schemy" berichtet, dessen Journalisten die Ankunft der jeweiligen Autokolonnen durch ein Seitentor des Gebäudes des Innenministeriums der Ukraine von Arsenij Awakow filmten. In der Reportage wird davon gesprochen, dass zuerst die Kolonne Kolomoiskys im Ministerium ankam, danach Jazeniuk und ein wenig später das Auto von Koboljew.... Es sei darauf hingewiesen, dass Kolomoisky schon früher wiederholt Arsenij Jazenium unterstützt hatte, als dieser noch Premierminister der Ukraine war und von dem in besonderem Maße die Geschäfte Kolomoiskys abhängig waren.

"Jetzt, nach der Wahl des Poroschenko-Kandidaten Groisman als Premierminister, findet Kolomoisky wieder Möglichkeiten, des engen Kontaktes zur Führung des Staates.In Regierungskreisen heißt es, dass gerade Arsen Awakow eine Mittlerrolle bei den Verhandlungen zwischen Kolomoisky und Poroschenko spiele.

Es scheint, dass dieses Geheimtreffen der Oligarchen auf dem Territorium des Awakow-Ministeriums diese These eher stützt als widerlegt", fassen die Journalisten zusammen.



 $\frac{\text{https://i1.wp.com/business.vesti-ukr.com/storage/asset/image/2016/06/24/6/43/f71/4309edfb54d50ae0fc1c4093bd_5fd9062f.jpg}{\text{pg}}$

De.sputniknews.com: Moskau wird auf die Einschränkungen für russische Diplomaten in den USA symmetrisch reagieren, wie die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa mitteilte.

Die US-Behörden haben eine Linie zur Verschärfung der Meldeordnung für die russischen Diplomaten des niedrigen und mittleren Ranges bei ihren Fahrten über einen Radius von 40-Kilometern vom Zentrum der Stadt hinaus, in der sich ihre diplomatische Vertretung befindet, eingeschlagen, wie Sacharowa sagte. "Diese Ordnung ist in den russischamerikanischen Dokumenten auf paritätischer Grundlage festgelegt, sie kann nicht einseitig geändert werden. Trotzdem kommt das vor."

"Wenn man sich in Washington tatsächlich dazu entschließen sollte, die geltenden Vereinbarungen aufzubrechen, dann werden wir uns selbstverständlich auch entsprechend verhalten und gleichartige Einschränkungen in Bezug auf die US-amerikanischen Diplomaten einführen", betonte sie.

Zuvor hatte das amerikanische Onlineportal BuzzFeed unter Verweis auf eigene Quellen in den US-Geheimdiensten gemeldet, dass der Aufklärungsausschuss des US-Kongresses einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, laut dem die Sicherheitsbehörde FBI die Reiserouten der russischen Diplomaten prüfen soll und von den Mitarbeitern der russischen Botschaft informiert werden muss, falls die Letzteren planen, sich mehr als 50 Meilen (etwa 80 Kilometer) von ihrer Arbeitsstelle zu entfernen.

Außerdem sieht der Gesetzentwurf die Bildung einer speziellen Arbeitsgruppe vor, die den russischen Nachrichtendiensten entgegenwirken soll. Eine ähnliche Gruppe hatte zur Zeit des Kalten Krieges existiert, später wurde sie aber ausgelöst.

Die russische Botschaft in Washington wertete diese Mitteilungen als bedauerlich. "Solche Aktivitäten widersprechen der Logik und appellieren an den Geist des Kalten Krieges", wie sich der Pressesprecher der Botschaft äußerte.

Hilfe-Punkt für die Einwohner am Passierpunkt in Staniza Luganskaja eröffnet. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

"Seit dem 22. Juni gibt es am Passierpunkt in Staniza Luganskaja einen Erste-Hilfe-Punkt, der vom Zivilschutzministerium der LVR organisiert wird, für die Bürger, die die Grenze überschreiten. Ursache seiner Einrichtung war das extrem heiße Wetter, unter dem sowohl Erwachsene als auch Kinder leiden, die gezwungen sind mehrere Stunden unter Sonneneinstrahlung zuzubringen", berichtete das Ministerium.

Der Punkt ist ein Zelt mit Plätzen zur Erholung, einem Vorrat an Trinkwasser, wo die Menschen sich ausruhen und Kräfte sammeln können. Daneben befindet sich immer ein medizinischer Punkt in einem Fahrzeug, wo allen, die es benötigen, erste Hilfe geleistet werden kann.

"Täglich von 8:00 bis 17:00, gemäß dem Plan für die Öffnung des Passierpunkts, befindet sich im Zelt eine hochqualifizierte Brigade von Spezialisten des Zivilschutzministeriums, darunter auch ein medizinischer Mitarbeiter. Seit der Öffnung haben sich etwa 400 Menschen an den Punkt gewandt, hauptsächlich um einfach Wasser zu trinken, aber zwei waren in einem ernsten Zustand und wurden ins Krankenhaus Nr. 7 von Lugansk gebracht", berichtete das Ministerium.

Am meisten leiden unter der unerträglichen Hitze alte Menschen, die Hitzschläge, Kopf- und Herzschmerzen, Probleme mit dem Blutdruck bekommen. Es gab schon Fälle, wo alte Leute direkt am Punkt des Zivilschutzministeriums das Bewusstsein verloren haben. Alle erhalten rechtzeitig Hilfe, weil der Punkt mit den notwendigen Notfallmedikamenten ausgestattet ist", versicherte das Zivilschutzministerium.

De.sputniknews.com: Ukraine-Krise: USA spielen mit Russland "Knute und Pendel" Die für Europa und Eurasien zuständige US-Vizeaußenministerin Victoria Nuland hat sich mit dem Assistenten des russischen Präsidenten, Wladislaw Surkow, getroffen. Es war bereits ihr drittes Treffen in sechs Monaten, schreibt die "Nesawissimaja Gaseta" am Freitag. Vor ihrer Reise nach Moskau hatte Nuland auch Kiew besucht und mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gesprochen. Dabei tauschten die Seiten laut Medienberichten ihre Meinungen über die Perspektiven des Minsker Friedensabkommens vom Februar 2015 aus. Sie sollen sich auf die Notwendigkeit der Umsetzung der entsprechenden Vereinbarungen sowie darauf geeinigt haben, dass die antirussischen Sanktionen bis zur vollständigen Erfüllung des so genannten "Minsk-2"-Dokuments in Kraft bleiben

Darüber hinaus kündigte Nuland an, dass sich US-Präsident Barack Obama am Rande des Nato-Gipfels in Warschau mit Poroschenko treffen werde.

Mit Surkow hat die Amerikanerin "die Reihenfolge der Prozesse im Rahmen der friedlichen Regelung der Situation in der Ostukraine" erörtert. Die Seiten deuten die Abfolge der Regelungsmaßnahmen nach wie vor unterschiedlich: Die selbsternannten "Volksrepubliken" Donezk und Lugansk bestehen auf der im "Minsk-2"-Abkommen festgelegten Reihenfolge, während Kiew eine Abfolge vorsieht.

Das Treffen Surkows mit Nuland fand vor dem Hintergrund der Erklärungen Frankreichs statt, schon im Juli könne ein neuer Ukraine-Gipfel im so genannten "Normandie-Format" stattfinden. Präsident Francois Hollande sprach jüngst von "Fortschritten" im Kontext der Konfliktregelung in der Ukraine. Zudem könnten Paris zufolge sich die USA an den Verhandlungen beteiligen.

Die von den Franzosen erwähnten Fortschritte rufen allerdings große Zweifel in der OSZE hervor. Der Erste Vizevorsitzende der Organisation, Alexander Hug, sagte, beide Seiten seien "gleichermaßen schuld" daran, dass der Waffenstillstand immer wieder verletzt werde, und forderte sie auf, sich um die Ermittlung der Umstände der entsprechenden Zwischenfälle zu bemühen.

Experten sind sich einig, dass alle externen Akteure an Fortschritten bei der Konfliktregelung interessiert sind. "Die USA finden nach wie vor, dass Russland wenig dafür tut, und greifen auf die Pendeldiplomatie zurück", so Dmitri Danilow vom russischen Europa-

Forschungsinstitut. "Noch während eines Treffens von Wladimir Putin, Sergej Lawrow und John Kerry im vorigen Jahr in Sotschi verwiesen die Amerikaner darauf, dass die Seiten (…) positiv auf die Teilnehmer des Konflikts einwirken müssten. In Washington glaubt man, Moskau müsste mehr Verantwortung übernehmen als es bereit ist und Donezk und Lugansk zu größeren Fortschritten zwingen."

Die EU-Länder einigten sich derweil auf die Verlängerung der aktuellen Russland-Sanktionen bis Ende Januar 2017. In den Reihen der europäischen Politiker zeichnet sich allerdings eine Spaltung ab. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier plädierte jüngst für ein flexibleres Vorgehen gegenüber Russland, darunter für die allmähliche Aufhebung der Restriktionen. Kanzlerin Angela Merkel tritt jedoch vehement dagegen auf. Sie sitzt aber offenbar nicht mehr so fest im Sattel: Ihr Vize Sigmar Gabriel (SPD) will nach Angaben der "Financial Times" demnächst Russland besuchen und sich mit Putin treffen. Auch Länder wie Italien, Griechenland und Spanien neigen zur Flexibilität gegenüber Moskau.

De.sputniknews.com: Putin: Moskau hat mit Brexit nichts zu tun Russland hat sich in Brexit-Fragen niemals eingemischt, niemals dazu geäußert, hat sie nicht beeinflusst und dies auch nie versucht, wie der russische Präsident Wladimir Putin sagte.

"Vor dem Referendum Großbritanniens und nach der Abstimmung habe ich schon gesagt, dass wir uns niemals in diese Angelegenheit eingemischt, uns aus meiner Sicht sehr korrekt verhalten und natürlich sehr aufmerksam die Geschehnisse verfolgt haben. Aber wir haben diesen Prozess keinesfalls beeinflusst und haben dies nicht einmal versucht", so Putin am Freitag.

Dabei betonte der Staatschef, dass die Äußerungen des britischen Premierministers David Cameron über ein angebliches Interesse Moskaus an einem Ausstieg Londons aus der EU jeglicher Grundlage entbehrten. Die Vorwürfe seien ein Versuch, die britischen Bürger zu beeinflussen.

Weiter sagte Putin, dass die Entscheidung über den Ausstieg aus der Europäischen Union eine Wahl der Briten gewesen sei. Russland werde sich in diese Frage nicht einmischen. "Das ist eine Entscheidung der Bürger Großbritanniens. Wir haben uns darein nicht eingemischt und haben das auch nicht vor. Anscheinend werden nun auf die Entscheidung der Briten irgendwelche formale Prozeduren folgen, um aus der Europäischen Union auszusteigen", so der Präsident….

Ukrinform.ua: Großbritannien bleibt nach auch dem Referendum ein wichtiger Freund und Partner der Ukraine.

Das schrieb der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, auf Twitter. Klimkin erklärte weiter, die EU habe jetzt wesentliche gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. so Klimkin. Er sehe eine wichtige Rolle der Ukraine dafür.

De.sputniknews.com: Russland ist laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einem konstruktiven Dialog über die Sanktionen bereit und wird auf positive Schritte seitens der EU positiv antworten.

"Was die Sanktionspolitik angeht, glaube ich nicht, dass der Brexit unsere Beziehungen zur EU irgendwie beeinflussen wird".

Russland habe diese restriktiven Maßnahmen nicht ergriffen, sondern immer nur reagiert. "Ich möchte das noch einmal betonen: Wenn unsere Partner einmal dahin kommen werden, mit uns einen konstruktiven Dialog in dieser Frage zu führen, dann sind wir dazu bereit. Wir wollen das und werden positive Schritte auch positiv beantworten", so Putin weiter…

De.sputniknews.com: Putin: Es ist politische Unart, Russland für Brexit verantwortlich zu machen

Die Erklärung des britischen Premiers David Cameron, Russland sei am Ausstieg Großbritanniens aus der EU interessiert, besaß und besitzt keinerlei Grundlage, sie ist ein Versuch, die Meinung der Leute im eigenen Land zu beeinflussen, teilte Russlands Präsident Wladimir Putin nach dem SOZ-Gipfel in Taschkent mit.

Putin: Es ist politische Unart, Russland für den Brexit verantwortlich zu machen...

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Pressekonferenz des Kommandeurs des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR Denis Sinenkow (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Guten Tag! Heute stelle ich ein weiteres Mal die Sachverhalte aus der letzten Woche vor. Im Zeitraum von 18. Juni bis 24. Juni wurden in den untergeordneten Truppenteilen und Einheiten alle Maßnahmen gemäß dem Plan für die militärische Ausbildung durchgeführt. Im Verlauf der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen täglich den Beschuss des Territoriums der DVR verstärkt. Insgesamt haben die Straftruppen 3496 Mal das Territorium der Republik beschossen, darunter mit schweren Waffen 2284 Mal. Allein in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 126 Artilleriegeschosse abgeschossen. Intensiv beschossen wurden die Ortschaften entlang der Kontaktlinie in allen Richtungen. Im Ergebnis der Beschüsse der Straftruppen starben zwei Soldaten der DVR und drei wurden verletzt, ein ziviler Einwohner wurde verletzt.

In der letzten Woche wurden durch das Feuer der ukrainischen Artillerie sechs Häuser zerstört und 75 beschädigt, es wurden mehr als 150 Häuser in Donezk, Sajzewo, Kominternowo, Staromichailowka vom Strom abgeschnitten.

Im Verlauf der Arbeit der OSZE-Vertreter auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium wurde das Fehlen folgender Waffen in den Lagerorten festgestellt:

- 18 Artilleriegeschütze "Akazija" 152mm;
- 8 Haubitzen MSTA-B, 152mm;
- 48 Panzer;
- 19 Artilleriegeschütze "Gwosdika" 122mm;
- 2 Antipanzerraketenkomplexe "Sturm", 134mm;
- 13 Antipanzergeschütze MT-12 "Rapira" 100mm;
- 2 Mörser des Kalibers 82mm.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin eine Zunahme der Zahl der Technik und Waffen der Ukraine, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, an der Kontaktlinie fest:

- in Richtung Gorlowka fünf Mehrfachraketenwerfer "Grad",ein 152mm Artilleriegeschütz "Akazija", ein Panzer, 14 Geschütze SAO 2S9 "Nona";
- in Richtung Donezk drei 122mm-Artilleriegeschütze "Gwosdika", 12 100mm-Antipanzergeschütze "Rapira", vier Einheiten Panzertechnik;
- in Richtung Mariupol acht Panzer, acht 122mm-Artilleriegeschütze "Gwosdika", zehn 122mm-Artilleriegeschütze, zehn 122mm-Haubitzen D-30.

Die Information, die unsere Aufklärung erhalten hat, zeugt von der Fortsetzung der Gefechte zwischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und Abteilungen des "Rechten Sektors". In der letzten Woche betrugen die Gesamtverluste der ukrainischen Nationalisten in der Folge von "Feuersäuberung" durch die ukrainischen Streitkräfte 65 verletzte Soldaten. Diese Zahlen können überprüft werden, wenn man die offiziellen Erklärungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte und die Zahlen, die auf der Seite "Barmherzige Schwestern der ATO" im sozialen Netz über die Einlieferungen von Verletzten aus der ATO-Zone in militärische medizinische Einrichtungen Charkows veröffentlicht sind, vergleicht. Der Unterschied zwischen den Ziffern unterstreicht eines – die militärische Führung der Ukraine hält die Kämpfer des "Rechten Sektors" nicht für ihre Soldaten. Im Zusammenhang damit kommt bei den Nationalisten Ungeduld auf und es ereignen sich Konflikte, darunter auch

unter Waffenanwendung.

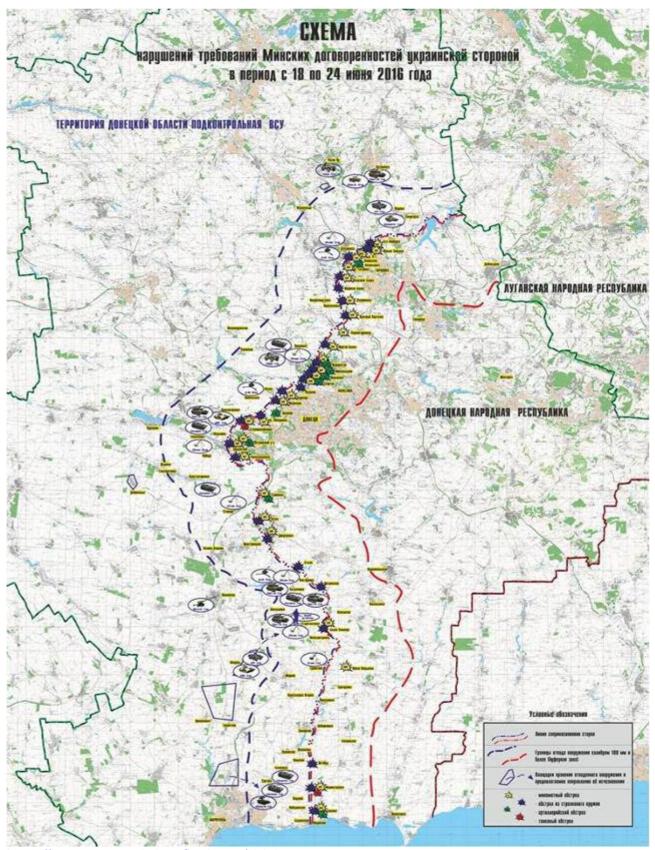
Bezeichnend ist der Konflikt, der zwischen Gruppen von Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade und einer der Abteilung des Regiments "Asow" entstand und dazu führte, dass das letztere aus dem Verantwortungsbereich der 36. Brigade abgezogen wurde. Der Unwillen der Nationalisten, sich der Führung der ukrainischen Streitkräfte unterzuordnen, und ihre niedrige Disziplin haben dazu geführt, dass die Abteilungen des "Rechten Sektors", die sich im Rahmen der 72. Brigade befinden, selbständig die Positionen verlassen und sich nach Odessa zur Teilnahme an einer Kundgebung gegen die Politik der ukrainischen Regierung begeben haben.

In dieser Woche hat in der 30. und der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine übergeordnete Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte gearbeitet. Ursache der Arbeit der Kommission sind die spontanen Kundgebungen von Einwohnern von Wolnowacha und Krasnogorowka mit den Forderungen, die Abteilungen aus den Ortschaften abzuziehen. Die Unzufriedenheit der friedlichen Bevölkerung wurde von Übergriffen der "ATO-Soldaten" hervorgerufen. Außerdem wurden von der Kommission des ukrainischen Generalstabs Fakten von Zwangsverpflichtungen von Soldaten der 72. Brigade in die 30. Brigade aufgedeckt, die die 72. Brigade ablöst. Ebenfalls wurden bei der Durchführung der Rotation Unterschlagungen von materiellen Mitteln und Waffen durch Soldaten des 14. Bataillons der 72. Brigade aufgedeckt, um diese dann weiter zu verkaufen. Die Unzufriedenheit in den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte wird von staatlichen Auszeichnungen von Soldaten hervorgerufen, die nicht an den Kämpfen teilgenommen haben. Dies betrifft meistens Soldaten, die Verwandte unter der militärisch-politischen Führung der Ukraine haben und in der ATO-Zone im tiefen Hinterland sitzen, um nachher damit "PR" zu betreiben. Insbesondere werden solche Fakten im 14. Bataillon der 72. Brigade festgestellt, wo die Soldaten kategorisch nicht einverstanden sind mit der Entscheidung ihres Kommandos, solche Personen auszuzeichnen, und die sich aufgrund dessen weigerten, in die Schützengräben zu gehen.

Die ukrainische Führung zieht in Verletzung der Minsker Vereinbarungen weiterhin verbotene Waffen entlang der Kontaktlinie zusammen, was zur Eskalation der Spannung im Donbass führt.

Trotz der vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte unternommenen Maßnahmen zur Unterstützung des moralisch-psychischen Zustands der ukrainischen Soldaten, die an der Strafoperation im Donbass teilnehmen, sinkt ihr Kampfgeist unausweichlich. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich ein weiteres Mal an die ukrainischen Soldaten mit dem Aufruf wenden, sich nicht mehr an dem vom Kiewer Regime entfachten brudermörderischen Krieg zu beteiligen, in dessen Ergebnis friedliche Einwohner sterben.

,



https://scontent-ams3-1.xx.fbcdn.net/t31.0-8/q82/s960x960/13483322_252904368416233_3644005066787345892_o.jpg

Das Auftauchen eines universellen "Whoexit?"schließt in der nächsten Zeit die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, nicht aus, wie sie auf ihrem Facebook-Account schreibt.

"Insgesamt wird es mich nicht wundern, wenn statt der einzelnen Länderbegriffe wie Grexit und Brexit bald der universelle Begriff "Whoexit?" auftauchen sollte", erklärte sie. Sollte noch jahrelang "auf die Souveränität beim Treffen eigenständiger Entscheidungen in internationalen Angelegenheiten verzichtet" werden, so schaffe die Europäische Union damit selbst die Voraussetzungen auch für andere Referenden "auf ihrem Territorium", meint Sacharowa.

Dan-news.info: 223 Transformatorunterstationen, die durch den nächtlichen Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte außer Betrieb waren, sind wieder an die Stromversorgung angeschlossen worden. Dies teilte heute der Pressedienst der Verwaltung der Hauptstadt mit.

"Zum Stand um 16:00 waren 223 von 226 abgeschalteten Transformatorunterstationen wieder in Betrieb", sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Die Bezirke Petrowskij, Kirwoskij, Kiewskij, Leninskij und Woroschilowskij sind bereits vollständig wieder an den Strom angeschlossen, teilweise auch der Kujbyschewskij-Bezirk. "Ohne Strom sind die Einwohner von Grabari (Kujbyschewskij-Bezirk). Dort sind noch drei Transformatorunterstationen noch nicht wieder angeschlossen", teilte das Bürgermeisteramt mit.

abends:

De.sputniknews.com: Nackt im Büro: Weißrussen folgen Rat von Präsident Lukaschenko In Weißrussland hat am Freitag ein "nackter Flashmob" begonnen: Die sozialen Netzwerke sind voll von Fotos, auf denen Menschen ohne Kleidung am Arbeitsplatz zu sehen sind. Für den neuen "Dress Code" ist der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko verantwortlich, berichtet die Nachrichtenagentur Vesti.

Die bizarre Nackt-Aktion startete gleich nach dem Auftritt Lukaschenkos bei der Weißrussischen Volksversammlung. Der Präsident sprach von Errungenschaften und Erfolgen des Landes und ermutigte die Bürger, nicht locker zu lassen.

"Innovationen, IT-Technologien, Privatisierung – all das ist klar. Das haben wir uns schon zu eigen gemacht. Doch unser Leben ist einfach: Sich ausziehen und arbeiten", so der weißrussische Staatschef.

Anscheinend wollte Lukaschenko "sich entwickeln" sagen [auf Russisch klingen die Wörter "ausziehen" und "entwickeln" ähnlich — Anm. d. Red.], auf der Aufzeichnung des Auftritts war aber "sich ausziehen" klar zu hören. Die Bürger nahmen die Worte ihres Präsidenten jedoch als Anleitung zum Handeln auf: In den sozialen Netzwerken verbreitet sich derzeit der Hashtag #sichausziehenundarbeiten zusammen mit zahlreichen Fotos von nackten Mitarbeitern.



https://i2.wp.com/cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31088/44/310884499.jpg